

Meldungen

zusammengestellt von Ahmed Fazl

Zehn Menschen getötet

Mindestens zehn Menschen wurden getötet und über 100 verletzt, als am 7. März zwei Bomben in der Stadt Jessore explodierten. Die Besucher hatten sich in einem Kino eingefunden, um an einer kulturellen Veranstaltung teilzunehmen. Die Veranstaltung war von einer führenden anti-islamistischen Gruppe, 'Udichi', organisiert worden. Für den Anschlag werden islamische Extremisten verantwortlich gemacht.

Die beiden Bomben haben zu einer neuen Spirale der Gewalt in Bangladesh geführt. Schon in den vergangenen Wochen war es immer wieder zu Anschlägen und Gewalttätigkeiten gekommen, zuletzt im Zusammenhang mit Kommunalwahlen. Mitte März gelang es der Polizei, 20 Personen festzunehmen, die mit dem Anschlag in Verbindung gebracht werden.

Forderung nach 'Jihad'

Im Zusammenhang mit der Verhaftung von 37 Islamisten der 'Jamaat-i-Islami', die beschuldigt werden, für Gewalttätigkeiten in der nordöstlichen Stadt Sylhet verantwortlich zu sein, hat Golam Azam, Chef der 'Jamaat', alle Muslime Bangladeshs aufgefordert, sich für einen 'Jihad' (heiliger Krieg) und die Etablierung eines islamischen Staates einzusetzen. "Unsere Partei steht für eine friedliche islamische Revolution, aber die Behörden nennen uns Terroristen".

Die Polizei wirft den Inhaftierten vor, sie hätten im Dezember Übergriffe auf Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durchgeführt, weil diese Frauen beschäftigten (vgl. 'Südasiens', 1/99). Bei den Angriffen gegen NGOs kamen insgesamt 150 Menschen zu Schaden. Augenzeugen hatten berichtet, es seien überwiegend junge Muslime aus den in der Region existierenden Koranschulen (Medressen) gewesen, die sich an den Übergriffen beteiligt hätten.

Islamisten hatten bisher im eher säkularen Bangladesh wenig Chancen, ihre Parolen zu verbreiten. Dies hat sich jedoch in jüngster Zeit dadurch geändert, daß die 'Jamaat-i-Islami' der Allianz von Parteien beigetreten ist, die sich gegen den Fortbestand der von Sheikh Hasina geführten Regierung der 'Awami League' aussprechen. Die Allianz wird von der größten Oppositionspartei, der 'Bangladesh Nationalist Party', angeführt, die die 'Jamaat' durch ihre Zu-

stimmung zum Beitritt "salonfähig" gemacht hat. Auch die Partei des ehemaligen Militärdiktators, General Ershad, die 'Jatiyo Party', ist dieser Allianz beigetreten.

Keine Neuwahlen

Premierministerin Sheikh Hasina ('Awami League') erklärte, sie werde die im Februar stattgefundenen Kommunalwahlen nicht annullieren lassen, wie es die 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) fordere. Bei den zwischen dem 23. und 25. Februar abgehaltenen 'Municipal'-Wahlen sei, Anschuldigungen von Parteiführern der Oppositionsallianz zufolge, Wahlleiter Abu Hena nicht unabhängig gewesen. Dieser solle nun abgesetzt und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Auf einer Massenveranstaltung der regierenden 'Awami League' in Dhaka teilte Premierministerin Sheikh Hasina mit, sie sei jedoch zu Gesprächen mit der oppositionellen 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) und ihrer Führerin, Khaleda Zia, bereit.

Bei den Kommunalwahlen in Bangladesh treten offiziell keine Parteien an, inoffiziell werden die Kandidaten jedoch durch die großen Parteien unterstützt. Bei den jüngsten Wahlen hatten die von der 'Awami League' unterstützten Kandidatinnen und Kandidaten in den meisten der über 130 Stadtparlamenten eine Mehrheit erzielen können, weit vor den Kandidaten, die von der BNP unterstützt wurden. Die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben bei weit über 60 Prozent, davon waren etwa die Hälfte Frauen.

Bei den Wahlen bewarben sich erstmals auch Frauen für die Bürgermeisterämter. Schon die Aufstellung der Kandidatinnen hatte bei islamischen Parteien und Gruppierungen, die Frauen nicht in der Politik sehen wollen, zu zahlreichen Protesten geführt.

Wirtschaftliche Kosten

Das politische Chaos in Bangladesh mit Straßenschlachten, Streiks und der erzwungenen Schließung ganzer Wirtschaftszweige durch die Oppositions-Allianz, hinterläßt zunehmend Spuren auch innerhalb der Wirtschaft. Seit Anfang des Jahres war die Wirtschaft bereits für zehn Tage lahmgelegt. Allein Ende Februar kam es für drei Tage quasi zu einem Stillstand aller wirtschaftlicher Aktivitäten in den großen Städten, einschließlich Dhaka. So waren alle Ban-

ken, Fabriken und Häfen geschlossen, auch Busse und Züge verkehrten nicht mehr.

Die Lage verschlimmert sich noch durch die Auswirkungen der schweren Überschwemmungskatastrophe des letzten Jahres, durch die mindestens zwei Reisernten zunichte gemacht wurden. Experten schätzen das durch die Überschwemmung entstandene Reisproduktionsdefizit auf vier Millionen Tonnen. "Die Regierung muß noch bis zur nächsten Ernte mindestens 4,5 Millionen Menschen kostenlos mit Nahrungsmitteln versorgen", sagt ein Regierungsberater. Nur durch die Unterstützung könnten die Menschen überleben.

Entschuldigung von Pakistan

Vier Menschenrechts- und Kulturorganisationen haben sich an Pakistans Premier Sharif gewandt und ihn aufgefordert, sich im Namen Pakistans für die im Befreiungskrieg 1971 von pakistanischen Truppen begangenen Menschenrechtsverletzungen an Frauen zu entschuldigen. Sharif, der Anfang März zu einem Staatsbesuch nach Bangladesh reiste, sei in Bangladesh willkommen, man habe jedoch nicht die Gewalttaten der Militärjunta unter dem damaligen General Yahya Khan vergessen. Ostpakistan wurde mit indischer Hilfe am 16. Dezember 1971 zum unabhängigen Bangladesh. Erst 1974 erkannte Pakistan Bangladesh als souveränen Staat an.

Die Forderung der Organisationen wurde anlässlich einer Großdemonstration, die Anfang März auf dem Campus der Universität von Dhaka stattfand, aufgestellt. An der Demonstration nahmen mehrere tausend Studentinnen und Studenten teil. "Wir fordern die pakistanische Führung auf, sofort Untersuchungen zu beginnen, um die Schuldigen von damals ausfindig zu machen. Dabei geht es uns vor allem um die zahlreichen Vergewaltigungen von Frauen und die vielen Morde, die an Kindern während des neunmonatigen Befreiungskrieges verübt wurden", so Hasan Imam, ein führender Menschenrechtler des Landes.

Während des Befreiungskrieges kamen schätzungsweise drei Millionen Menschen ums Leben, tausende von Frauen sollen von pakistanischen Soldaten vergewaltigt worden sein. Insgesamt flüchteten zehn Millionen Menschen nach Indien.